

SPD und CDU Landesregierung ignorieren demokratischem Beschluss des Kreistages zu K&S

„Die Weisung des Landes ignoriert grundlegende demokratische Prinzipien. Wenn ein von Bürgerinnen und Bürgern gewähltes Gremium Zuständigkeiten entzogen werden um wirtschaftliche Interessen eines Konzerns durchzusetzen, führt dies nur zu weiten Politikverdruss.“, so das Fazit der grünen Kreistagsfraktion

„Mit großer Verärgerung haben wir aus der Presse erfahren müssen, dass das Innenministerium die Weisung aus dem Umweltministerium bestätigt hat. Es zeugt nicht gerade von Führungskraft des Landrates, wenn die Weisung nicht zu einer sofortigen Unterrichtung der Kreistagsfraktionen führt und insbesondere die Mitglieder des Arbeitskreises zu Kali&Salz keine Informationen bekommen haben“, so Lipecki weiter. „Dann können wir uns die Arbeitskreise sparen, da offensichtlich die Landesregierung und die Kreistagsfraktionen von SPD und CDU nicht kooperieren.“ kommentiert Nina Lipecki ihre Enttäuschung. „Für uns Grüne war und ist klar, dass dieses Verfahren nur in enger Abstimmung mit den Landtagsfraktionen zu einem verantwortungsvollen Ende gebracht werden kann. Diese Abstimmung zwischen der Mehrheitsgruppe und SPD und CDU auf Landesebene ist grandios gescheitert“, so der Fraktionsvorsitzende der Kreisgrünen Schröter-Mallohn.

Die Kreisgrünen bleiben bei ihrer Position, dass ein „wasserrechtliches Einvernehmen“ nicht erteilt werden kann. Insbesondere die Grundwasserbeeinträchtigung durch die Althalde ist nicht mit der notwendigen Sorgfalt geklärt.. „Wir stehen vor einem Scherbenhaufen“, so die Umweltexpertin und der Fraktionsvorsitzende von Bündnis90/Die Grünen im Kreistag Hildesheim.